

„Die Vielfalt unserer Gesellschaft braucht informierte Bürger, die für vielfältige Themen offen sind.“

Interview mit Sabine Kurtz, MdL
Expertin der CDU-Landtagsfraktion zur Weiterbildung



Warum braucht Baden-Württemberg ein umfassendes Angebot an allgemeiner Weiterbildung durch die Volkshochschulen?

Die Volkshochschulen sind sehr wichtige und zugleich bewährte Träger von Weiterbildungsangeboten, die mit ihren hochwertigen Angeboten insbesondere auch im ländlichen Raum präsent sind. Ihre attraktiven wie etablierten Angebote überzeugen die Bürgerinnen und Bürger sich weiterzubilden – und das auf sehr unterschiedlichen Leistungsniveaus.

Die Angebotspalette der Volkshochschulen umfasst vielfältige berufliche wie allgemeine Weiterbildungsangebote und schafft damit eine wichtige Grundlage für ein lebenslanges Lernen. Dies ist für unseren Standort Baden-Württemberg geradezu unverzichtbar.

Darüber hinaus wissen wir, dass die Volkshochschulen einen nicht zu unterschätzenden Beitrag bei der Integration von Zuwanderern leisten. Sie beschränken sich dabei nicht nur auf die Vermittlung der Grundbildung – Lesen, Schreiben und Rechnen – sondern schaffen es auch, die für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu vermitteln. Damit leisten die Volkshochschulen einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden in unserem Land.

Hinsichtlich welcher aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen erwarten Sie einen Beitrag der Volkshochschulen?

Unsere vielfältige Gesellschaft lebt von der politischen Beteiligung und dem ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger in den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens. Daraus ergibt sich aber auch zugleich die Notwendigkeit, dass die mündigen Bürgerinnen und Bürger über die erforderliche Grundbildung und Kenntnisse in verschiedenen Fachbereichen verfügen müssen. Nur so können Sie sich gesellschaftlich beteiligen, sei es in politischen Funktionen, in Vereinen, bei sozialen Aufgaben und vielem mehr. Die Vielfalt unserer Gesellschaft braucht informierte Bürger, die für vielfältige Themen offen sind.

Hinzu kommt, dass es in einer zunehmend globalisierten Welt erforderlich ist, dass sich die Menschen in verschiedenen Sprachen austauschen können und auch über das notwendige Verständnis für die unterschiedlichen kulturellen Besonderheiten verfügen. Den Volkshochschulen gelingt es in hohem Maße, hier die notwendigen Angebote bereitzustellen.

Die Koalitionsvereinbarung verspricht die Anhebung der Landesförderung auf den Bundesdurchschnitt bis zum Ende der Legislaturperiode. Wie kann das Versprechen bis 2016 eingelöst werden?

Die Bereitschaft zur Weiterbildung – aus privaten wie aus beruflichen Gründen – ist in Baden-Württemberg besonders ausgeprägt. Selbstverständlich ist dies auch dem besonders attraktiven und leistungsstarken Angebot der Volkshochschulen geschuldet.

Bereits im Rahmen der Enquetekommission im Jahr 2010 wurde über die künftige Finanzierung der Weiterbildung im Land beraten. Dabei war ein Konsens über die Fraktionen hinweg erkennbar, dass die Landesmittel möglichst zielgerichtet an die Weiterbildungsträger gegeben werden sollten. Insbesondere die heutigen Regierungsfractionen von GRÜNEN und SPD machten sich bereits in der Enquete dafür stark, dass zusätzliche Fördermittel für die Weiterbildung zur Verfügung gestellt werden. In diesem Sinne formulierten sie auch den Koalitionsvertrag, auf den aber nur überschaubare Taten folgten. Es wurde viel versprochen, bislang aber nur teilweise gehalten.

Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion wäre es sehr wichtig, dass zusätzliche Mittel insbesondere dazu verwendet werden, um auch bildungsfernere Schichten zu erreichen. Nicht zuletzt machen die Ergebnisse der PIAAC-Studie deutlich, wie wichtig es gerade ist, Weiterbildungsangebote für bildungsfernere Schichten anzubieten und diese Angebote auch bekannt zu machen. Im Ergebnis der PIAAC-Studie wird sehr deutlich, dass bereits qualifizierte Menschen eine größere Bereitschaft zur Weiterqualifizierung aufbringen, als dies bei Geringqualifizierten der Fall ist. Eine solche gegenläufige Entwicklung ist dazu geeignet, einen Keil in die Gesellschaft zu treiben und bedarf deshalb der politischen Aufmerksamkeit. Nicht zuletzt deshalb haben wir im Abschlussbericht der Enquetekommission 2010 gefordert, dass die Landesregierung insbesondere die Weiterbildungsbeteiligung bildungsferner Menschen deutlich voranbringen müsse.

Noch Anfang 2011 hatte die vormalige Landesregierung die Ergebnisse der Enquetekommission aufgegriffen und einen Runden Tisch für das lebenslange Lernen eingerichtet. Es sollte der Schwung der Enquetekommission in den Alltag übertragen werden und möglichst rasch ein Masterplan aufgelegt werden, mit welchen Maßnahmen die Enqueteziele bestmöglich umgesetzt werden können. Allerdings ist dieser Runde Tisch inzwischen eingeschlafen, gemeinsame Überlegungen mit den an der Weiterbildung Beteiligten findet in dieser Form nicht mehr statt.

Vielen Dank für das Gespräch!